

Siebert, Horst

Article — Digitized Version

Hat Reagan eine Chance? Die Philosophie der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Siebert, Horst (1981) : Hat Reagan eine Chance? Die Philosophie der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 61, Iss. 3, pp. 119-121

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3552>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

USA

Hat Reagan eine Chance?

Die Philosophie der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik

Horst Siebert, Mannheim/z. Zt. Cambridge, Mass.

Die wirtschaftspolitische Situation in den USA zu Anfang des Jahres 1981 ist für den praktischen Wirtschaftspolitiker wie für Wirtschaftstheoretiker gleichermaßen von Interesse. In einer stagflationären Lage mit einer geringen Zunahme des Bruttosozialprodukts (1980 real etwa 1 %), einer hohen Inflationsrate (12 %) und einer hohen Arbeitslosigkeit (etwa 8 %) wird eine neue Orientierung der Wirtschaftspolitik versucht, die sich eindeutig von der keynesianischen makroökonomischen Nachfragesteuerung über die Fiskalpolitik abhebt, eine Stimulierung des Wachstums durch eine Zunahme der Produktivität anstrebt und zugleich das Ziel der Verteilungsgerechtigkeit nicht mehr so stark gewichtet. Wird diese Politik Erfolg haben?

Eine wirtschaftliche Bestandsaufnahme für die westlichen Industrienationen kann wohl davon ausgehen,

daß sich die Ölpreiserhöhungen wegen der erforderlichen Anpassungsprozesse und des Realtransfers an die OPEC-Länder als eine Wachstumsbremse ausgewirkt haben;

daß die keynesianische Globalsteuerung der Gesamtnachfrage über staatliche Ausgabenprogramme kaum geeignet ist, die stagflationäre Situation im Kern zu beseitigen, also zugleich die Inflationsrate zu senken und die Beschäftigung zu erhöhen;

daß die staatlichen Defizite durch die zinssteigernden Effekte die privaten Investitionen gebremst haben (sogenannte Verdrängung des privaten Bereichs) und

daß in den westlichen Industrienationen die Preise durch eine Reihe von Maßnahmen weniger flexibel, die Wirtschaftsstruktur insgesamt stärker verkrustet ist und damit Anpassungs- und Innovationsfähigkeit reduziert worden sind.

Die Vertreter der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik fügen dieser Bestandsaufnahme eine weitere These hinzu, nämlich daß sich die staatlichen Eingriffe in den privaten Sektor (Besteuerung, Regulierung) per saldo als eine Wachstumsbremse ausgewirkt haben.

Prof. Dr. Horst Siebert, 42, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Außenwirtschaft an der Universität Mannheim.

Je nachdem, ob man sich dieser These – die ja eine Sachfrage ist – anschließt oder nicht, wird man zu unterschiedlichen Aussagen über die Erfolgsaussichten der neuen Wirtschaftspolitik kommen.

Zu den Ausgangsdaten in den USA gehört – und hier besteht ein gewisser Unterschied zur Ausgangsposition Thatchers in Großbritannien – eine positive Leistungsbilanz, die mit einem starken Dollar verbunden ist. Zudem haben sich in den letzten beiden Jahren die Reallöhne reduziert. Wegen der hohen Inflationsrate mußte der amerikanische Arbeitnehmer trotz nominell steigender Löhne im Durchschnitt eine Reduzierung seines Reallohns um 10 % über zwei Jahre hinnehmen. In einigen besonders gelagerten Fällen haben Gewerkschaften zur Rettung von bedrohten Unternehmen bereits vertraglich vereinbarte Lohnerhöhungen wieder zurückgenommen (Chrysler, Armour, Conrail, Firestone).

Auf die Frage nach den Erfolgsaussichten der neuen Wirtschaftspolitik gibt es keine einhelligen Meinungen: Während die amtierenden Wirtschaftspolitiker diese Frage mit großem Optimismus bejahen, ist das Echo der Wissenschaftler sehr gespalten. Die Vertreter der Chicago-Schule erwarten sich von der neuen Wirtschaftspolitik die Umsetzung der Ideen Friedmans, dessen Buch „Free to Choose“ seit langem auf der Bestseller-Liste der Sachbücher der New York Times steht. Bei den im amerikanischen Sinne Liberalen der eфеumrankten Backstein-Universitäten der Ostküste wird die Frage nach den Erfolgsaussichten der neuen

Wirtschaftspolitik mit zurückhaltender Skepsis und zuweilen auch mit mitleidiger Ironie belächelt. Was sieht das Programm im einzelnen vor?

Das Maßnahmenbündel

Steuersenkungen sollen – etwa über verstärkte Abschreibungen – die Investitionen stimulieren und über eine Korrektur der Einkommensteuersätze die Anreize, zu arbeiten und zu produzieren, erhöhen. Gleichzeitig sollen Steuersenkungen, soweit sie sich wie bei der Einkommensteuer auf das verfügbare Einkommen beziehen, die Nachfrage der Privaten ankurbeln. Eine solche Ankurbelung ist wünschenswert, um die verringerten Staatsausgaben zu kompensieren. Übrigens hat Kennedy Anfang der sechziger Jahre eine ähnliche Politik der Steuersenkung betrieben und insbesondere über die Anregung der privaten Nachfrage eine Expansion bewirkt.

Die Vertreter der „supply side economics“ erhoffen sich von den Steuersenkungen eine Stimulierung der produktiven Kräfte und damit letztlich eine Zunahme des realen Wachstums und nicht zuletzt auch der Innovationen. Dieser Nexus ist die zentrale Nahtstelle der neuen Wirtschaftspolitik. Die entscheidende Frage ist also, wie sich eine starke Besteuerung auf das Anreizsystem einer Volkswirtschaft auswirkt und ob eine Senkung dieser Steuern genügend produktive Kräfte freisetzt, um wirtschaftliches Wachstum anzukurbeln. Die Wissenschaft kann diese Frage derzeit nicht abschließend beantworten.

Die Verringerung der Staatsausgaben soll die Rolle des Staates beschneiden und dem privaten Sektor – etwa auf den Faktormärkten – mehr Raum geben. Das heimliche Zurückdrängen des privaten Sektors durch die staatliche Inanspruchnahme von Produktionsfaktoren soll gestoppt werden. Die Reduzierung der Staatsausgaben ist einmal wegen der beabsichtigten Steuersenkungen erforderlich. Zum anderen aber soll auch das Budgetdefizit verringert werden. Budgetdefizite haben wegen der Anleihefinanzierung des

Staates Zinssätze bis zu 20 % bewirkt und damit die Investitionen gedrosselt. Kapital wurde dem privaten Bereich entzogen. Eine Reduzierung der Anleihefinanzierung würde zinssenkende Wirkung haben und die Kapitalbildung im privaten Bereich erleichtern. Im übrigen erwartet man, daß die Stimulierung der Angebotsseite die Steuerausfälle zumindest teilweise kompensiert.

Der Geldpolitik fällt die Aufgabe zu, die monetäre Restriktion zum Ausdruck zu bringen und mit den anderen Maßnahmen die Inflation zu bremsen. Der Geldpolitik liegt die These zugrunde, daß die Zunahme der monetären Größen in der Vergangenheit die Inflation erst ermöglicht hat. Die Verringerung der Inflationsrate soll die Inflationserwartungen beeinflussen und damit ebenfalls ein günstiges Investitionsklima schaffen.

Einer stringenten Geldpolitik wird aber lediglich bescheinigt, daß sie die Inflation reduzieren kann. Sie ist nicht in der Lage, in einer stagflationären Situation stimulierend zu wirken. Zudem scheinen sich die Gewichte zwischen Geld- und Fiskalpolitik zu verschieben. Durch die geringere Anleihefinanzierung und die damit verbundenen zinssenkenden Effekte kann die Härte der Geldpolitik gemildert werden. Anders ausgedrückt: Die Geldpolitik wird in den Stand versetzt, die monetäre Restriktion deutlicher, aber mit geringeren negativen Rückwirkungen auf die Investitionen zum Ausdruck zu bringen. Per saldo fällt der Geldpolitik eine etwas passivere Rolle zu; sie hat sicherzustellen, daß von der Geldseite her keine Inflationsimpulse kommen. Die Fiskalpolitik ist das entscheidende Instrument, aber nicht eine im keynesianischen Sinn auf die Nachfragesteuerung, sondern eine auf die Ankurbelung der Angebotsseite ausgerichtete Fiskalpolitik.

Während die Reduzierung der Staatsausgaben dem privaten Bereich eine größere Rolle zuweist, indem Produktionsfaktoren freigestellt werden, wird mit der Entregulierung versucht, die staatliche Kontrolle der privaten Aktivitäten flexibler zu gestalten. Hier reichen die Maßnahmen von den bereits unter Carter durchge-

WELTKONJUNKTUR DIENST

Jahresbezugspreis
DM 80,-
ISSN 0342-6335

Der Vierteljahresbericht, der von der Konjunkturabteilung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

fürten Entregulierungen der Flugzeugindustrie über eine Entregulierung des Transportwesens (Eisenbahnen, Fernverkehr) und eine stärkere marktliche Steuerung der Erdgasproduktion bis zu einer flexibleren Handhabung der Umweltpolitik, etwa durch Ergebniskriterien anstelle von direkten technischen Vorschriften für jede einzelne Anlage.

Von der Entregulierung erwartet man einen intensiveren Wettbewerb, insbesondere durch die Öffnung von Märkten für neu gegründete Unternehmen, eine andere Anreizstruktur durch eine Änderung des Preissystems wie etwa im Energiebereich, eine Verringerung der mit der staatlichen Kontrolle verbundenen Kosten der Regulierung einschließlich etwa der administrativ bedingten Zeitkosten bei neuen Investitionen (Genehmigungsverfahren), und damit per saldo eine positive Beeinflussung des Investitionsklimas und schließlich wegen der Preissenkungen auch einen günstigen Einfluß auf die Inflationsrate.

Schließlich besteht eine Maßnahme in dem Versuch der „*moral suasion*“, also der Veränderung der Verhaltensweise und der Erwartungen der Wirtschaftssubjekte. Hier spricht Reagan die Vorstellung des „amerikanischen Traums“ an, die Überzeugung, eine Sache, die man selbst in die Hand nimmt, auch lösen zu können, und ein wenig den Pioniergeist der vergangenen Zeit.

Die Erfolgsaussichten

Inwieweit diese Maßnahmen Erfolg haben, vermag der Wissenschaftler nicht zu sagen. Eine Reihe von Fragen stellen sich ein: Die Politik der psychologischen Überzeugung ist nur begrenzt wirksam. Zwar gibt es in den USA einen „business spirit“, wie man sich ihn in der Bundesrepublik im allgemeinen nicht vorstellt, verbunden mit der selbstsicheren Überzeugung, daß man auch Erfolg haben wird. Aber eine solche Einstellung muß letztlich durch geeignete Anreize und permanente Bestätigung des Erfolges auch untermauert werden. Die Politik der psychologischen Beeinflussung kann also nur eine flankierende Maßnahme sein.

Bei der Entregulierung wird man positive Resultate erwarten dürfen. Hier ergeben sich in einem so großen Land wie den USA im Vergleich zur Bundesrepublik auch andere Bedingungen, etwa im Transportwesen. Und man kann durchaus der These zustimmen, daß Regulierung in der Vergangenheit in vielen Bereichen dazu geführt hat, daß sich monopolartige Konstellationen eingestellt haben und der Wettbewerb verringert worden ist.

Offen ist die Frage, wie die Instrumente zeitlich dosiert werden sollen. Gebührt zunächst der Geldpolitik der Vorrang mit einer Reduzierung der monetären Expansion? Sollen zuerst die Regierungsausgaben eingeschränkt werden? Oder sollen schließlich die Steuerensenkungen als erstes verwirklicht werden? Die Beantwortung dieser Fragen berührt nicht nur das Problem der richtigen Strategie, sondern auch die politische Durchsetzbarkeit verschiedener Arten von Maßnahmen.

Die mit den vorstehenden Maßnahmen eingeleitete Politik etwa der flexibleren Stimulierung von Anpassungsprozessen im Energiebereich, die Einführung eines stärkeren Wettbewerbs durch Entregulierung und die Abschwächung des Verdrängungseffektes durch die hohen Zinssätze packen einige der eingangs in der Bestandsaufnahme angesprochenen Probleme an.

Die Hauptfrage aber ist: Kann das in Aussicht gestellte Paket von Maßnahmen so stimulierend auf die Freisetzung von Produktivkräften wirken, kann es den Produktivitätsfortschritt so fördern und die Angebotsseite so stimulieren, daß sich reale Wachstumsprozesse einstellen? Verursacht also die Zurücknahme der staatlichen Aktivität einen Wachstumsschub? In der Vergangenheit haben sich solche Wachstumsschübe bei großen Innovationen (Eisenbahn), bei Bevölkerungsexplosionen, bei der Vergrößerung von Territorien wie dem Hinausschieben der Westgrenze in den USA oder – nach Kriegen – bei gewaltigen Wiederaufbauleistungen eingestellt. Die Frage nach dem Erfolg der Reaganschen Wirtschaftspolitik reduziert sich damit auf das Problem, ob die Zurücknahme der staatlichen Tätigkeit einen kräftigen Wachstumsschub einleitet.

Die neue Wirtschaftspolitik wird nicht nur an dem Kriterium gemessen werden können, ob die Wirtschaft hinreichend stimuliert und die Stagflation gemildert wird. Zu dem Zielfeld der Wirtschaftspolitik zählen auch solche Variablen wie – um nur einige zu nennen – Einkommensverteilung, Umweltqualität und medizinische Versorgung. Diese Größen beeinflussen zusammen mit den mehr wirtschaftlichen Zielkomponenten die politische Akzeptanz der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.

Aus der Wirtschaft hört man die Reaktion: „If he cannot do it, who else?“ In der Tat hat der Erfolg oder Mißerfolg der Reaganschen Wirtschaftspolitik prägende Kraft für die Wirtschaftspolitik der Industrienationen. Und nicht nur für diese. Auch das Lehrgebäude der Nationalökonomie wird, wenn Reagan Erfolg hat, Ende der 80er Jahre anders aussehen als heute.